

**EP-U-01** Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen  
Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.08.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atom und Fracking ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum
- 2 weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen.
- 3 Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen.
- 4 Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-Unabhängigkeit erreicht, können
- 5 Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Das ist unser Ziel. Die
- 6 gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie müssen nur angepackt werden!
- 7 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
- 8 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
- 9 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
- 10 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
- 11 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
- 12 unsere Politik aufbauen. Eine Erderhitzung über 2 Grad wird unkontrollierbare Folgen auf
- 13 unser Zusammenleben und unsere Freiheit haben. Und sie trifft immer erst die Schwächsten.
- 14 Menschen werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg
- 15 machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Die Weltbank, nicht gerade
- 16 bekannt für ökologische Sensibilität, rechnet mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2030.
- 17 In elf Jahren. Es wird zu Kriegen um Wasser, fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen.
- 18 Wir werden uns der Verantwortung so oder so nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns
- 19 davon. Hitzerekorde, Dürren, Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
- 20 Schreckensmeldungen. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die
- 21 Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist.
- 22 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,

23 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt,  
sondern  
24 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und  
25 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die  
26 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl,  
Gas und  
27 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der  
Erneuerbaren  
28 aufbauen, macht einen Unterschied. Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die  
unseren  
29 Reichtum auf Kosten Dritter erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die  
30 einen gedrosselten Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen  
Unterschied. Fischen  
31 wir die Meere leer oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren  
wir  
32 unseren Müll ins Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik?

33 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel Bürger\*innen, die Bike- und  
34 Carsharing nutzen, sich an Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte  
35 Lebensmittel setzen, die in Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Aber  
auch  
36 innovative Unternehmen, Ingenieur\*innen und viele mehr haben sich auf den Weg  
gemacht. Mit  
37 ihnen allen verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und  
Atomstrom  
38 auskommt, eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert und  
Landwirten  
39 eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und  
40 unsere Meere schützt.

41 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft.  
Das sind  
42 Anzeichen für eine kranke Natur, die auf den Menschen zurückgeht. Und Anzeichen  
dafür, dass  
43 wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. In  
einem  
44 gemeinsamen Europa können wir mit weniger Pestiziden und einem Verbot von  
Glyphosat Tieren  
45 und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die  
wir  
46 konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern wir die Qualität von Flüssen und  
Seen.  
47 Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr Wildnisflächen erhalten wir  
wichtige  
48 Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das seine Umwelt und Natur  
schützt.

49 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment  
hinkt  
50 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für  
51 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen  
wir eine  
52 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen. Damit sorgen wir für mehr

klimafreundliche

53 Mobilität und halten zugleich die Wertschöpfung in Europa. Zudem knüpfen wir ein  
54 europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der Straße auf die Gleise. Mit  
einem CO<sub>2</sub>-

55 Mindestpreis sorgen wir für wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und  
größere

56 Versorgungssicherheit schaffen wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein  
57 intelligentes Stromnetz. Das alles geht nur gemeinsam. In einem gemeinsamen  
Europa.

### 58 **1.1 Klimaschutz fördern, aus Kohle und Atom aussteigen**

59 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben  
weltweit

60 8,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und  
über

61 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind  
62 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung. Es darf  
nicht

63 sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und  
der

64 Europäischen Union bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China  
und den

65 USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

66 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein  
energieeffizientes

67 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische  
68 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,  
69 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie,  
die wir

70 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis  
2050

71 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise  
72 einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Die CO<sub>2</sub>-  
Emissionen

73 müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bei  
der

74 Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990,  
um ein

75 maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.

76 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Dabei  
gibt es

77 längst Alternativen: Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und  
78 mittlerweile auch billiger. Das haben Länder wie Frankreich, die Niederlande oder  
Italien

79 längst verstanden und sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Global Alliance  
to

80 Power Past Coal) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030  
81 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland

82 anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

83 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in europäischen  
Nachbarländern den  
84 Ausbau der Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch  
85 hochgiftige Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in  
Europa  
86 dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken  
dafür  
87 trägt. Die Bundesregierung ist super darin, anzukündigen, wie ehrgeizig sie in 10, 15  
oder  
88 20 Jahren sein will. Und regelmäßig macht sie nichts in der Gegenwart. Damit muss  
Schluss  
89 sein. Je energischer wir jetzt handeln, desto leichter werden die letzten Etappen. Wir  
90 müssen jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen  
lassen.  
91 Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen  
92 Kohleausstieg.

93 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige  
Generationen  
94 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige  
Kohleausstieg darf nicht  
95 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich  
setzt  
96 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft – mit Atomstrom-Exporten nach  
ganz Europa.  
97 Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist  
völlig  
98 unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren  
99 konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle 60 Jahre am Netz hängen  
sollen.  
100 Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren vorzeitig stillzulegen.  
Risiko-  
101 AKWs wie das französische Cattenom, das belgische Tihange oder das tschechische  
Temelín  
102 gehören sofort abgeschaltet. Der Betrieb dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare  
Risiken  
103 für alle Europäer\*innen. Darüber hinaus fordern wir ein neues Regelwerk auf  
europäischer  
104 Ebene, das es Bürger\*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die  
105 Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können. Die  
Atomtransporte  
106 in Europa müssen systematischer erfasst, transparenter gemacht und auf ein  
Minimum  
107 beschränkt werden.

108 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von  
Atomkraftwerken in  
109 Europa überhaupt noch. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf  
Grundlage des  
110 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Alle Passagen dieses Vertrages,  
die

111 Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der  
Atomkraft  
112 begünstigen und AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen  
wettbewerbsverzerrenden  
113 Vorteil verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung  
von  
114 Atommüll sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit  
geltenden  
115 einheitlichen Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso ist ein neues  
116 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen  
notwendig;  
117 Subventionierungen durch die Hintertür müssen beendet werden. Bei den  
Entscheidungen zu  
118 Euratom wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das  
119 Europäische Parlament. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine  
120 Erneuerbare-Energien-Union.  
  
121 CO<sub>2</sub> einen Preis geben und den Menschen das Geld  
  
122 CO<sub>2</sub> muss einen Preis bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus  
zwei  
123 Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor  
allem  
124 Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, sollte es einen Mindestpreis für  
CO<sub>2</sub>  
125 geben. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, die Zertifikate sind  
  
126 weiterhin viel zu billig und verfehlen damit ihre Wirkung. Daher müssen sie verknappt  
und  
127 verteuert werden. Wir wollen, dass Deutschland zunächst mit einigen EU-Staaten die  
128 Initiative ergreift und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-  
Mindestpreis  
129 einführt; die Niederlande und Frankreich haben ihre Absicht dazu schon erklärt.  
130 Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben.  
  
131 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr,  
Wärme  
132 und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas.  
Die  
133 fossilen Energieträger müssen für ihren jeweils spezifischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß den wahren  
Preis  
134 zahlen.  
  
135 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker  
belasten als  
136 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an die  
137 Verbraucher\*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als  
Pro-  
138 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist,  
werden  
139 wir in Deutschland vorgehen.

140 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

141 Der Kohleausstieg wird auch dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen und neue  
in  
142 Zukunftsbranchen entstehen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Betroffenen  
ernst und  
143 lassen die Menschen nicht im Stich. Bei diesem Strukturwandel müssen wir die  
Beschäftigten  
144 und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Im Europäischen  
Fonds für  
145 regionale Entwicklung (ERDF) sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert  
werden. Neue  
146 regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung  
wird  
147 angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in  
ganz  
148 Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel Betroffenen, sondern ist  
auch  
149 ein Mittel gegen Fachkräftemangel.

150 Europas Energie vernetzen

151 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der  
nationalen  
152 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng  
miteinander  
153 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch  
die geplante  
154 Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen  
155 Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten  
nicht  
156 miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen  
europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und  
Fracking-  
157 Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in  
Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden.  
Wir  
158 brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.

161 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem  
gesamteuropäischen Stromverbund  
162 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere  
Basis  
163 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und  
verbinden  
164 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr  
165 Unabhängigkeit.

166 Für Europa brauchen wir dringend ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die  
erneuerbaren  
167 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel

steuerbaren  
168 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt. Dafür  
wollen wir eine  
169 echte europäische Energienetzgesellschaft.

170 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen,  
die  
171 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss  
Leitschnur für  
172 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die  
Erzeugungspotenziale  
173 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und  
dezentralen  
174 Strukturen.

175 Risikotechnologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die  
Einlagerung von  
176 CO<sub>2</sub> in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch  
Fracking  
177 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und  
Umwelt ab.

178 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

179 Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und  
reduzieren die  
180 Kosten für die Verbraucher\*innen. Wir wollen den Umstieg privater Verbraucher\*innen  
auf  
181 Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen Unternehmen eine  
günstigere  
182 Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-Parlament und Rat  
geschaffene  
183 Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen ökologische  
Mindeststandards fest.

184 Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir wollen für weitere Produkte  
185 ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir ökologische Innovationen,  
186 beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern. Schlüssel für weniger Energieverbrauch  
sind der  
187 Bereich Bauen und Wohnen und der Umstieg auf eine energieeffiziente  
Elektromobilität.

188 Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise entfachen. Die  
Ökodesign-  
189 Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Auch wollen wir

190 erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise nach einiger Zeit  
zum  
191 Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-Richtlinie hat  
das  
192 Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten einzusparen und  
1  
193 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer ressourcenschonenden  
194 Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 196 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom,
- 197 • Investitionen in intelligente Stromnetze und einen transeuropäischen Netzausbau,
- 198 • einen vernünftigen Preis für CO<sub>2</sub>,
- 199 • ein Programm, das Arbeitnehmer\*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt.

## 200 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

201 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits

202 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa

203 aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere

204 Lebensqualität steigert. Steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide und

205 Feinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben uns die

206 Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr, sind Züge

207 unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern. Wir möchten

208 in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Das bedeutet: weniger, aber dafür saubere und leise

209 Autos,

210 mehr Car- und Bikesharing, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote und eine bessere Vernetzung

211 unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Mittelfristig wollen wir

212 autofreie Innenstädte schaffen.

213 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in

214 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert

215 werden. Wir wollen, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

216 Dazu fordern wir die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises auf fossile Treibstoffe wie Benzin und

217 Erdgas, damit saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.

218 Auch den Fahrradverkehr wollen wir ausbauen. Mittlerweile gibt es 14 europäische Fernradwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den

219 grenzüberschreitenden

220 Fahrradverkehr zu fördern.

221 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

222 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der  
Schiene  
223 zusammenwächst. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21,  
mit  
224 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt  
für  
225 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische  
Eisenbahnnetz ist noch  
226 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Wir  
wollen das  
227 ändern. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein  
grüner  
228 Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die  
229 Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der  
Mittel. Damit  
230 schaffen wir mit wenig Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden  
Schienenverkehr. Davon  
231 profitieren gerade die Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind.

232 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im  
233 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet  
nicht nur  
234 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die  
235 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein  
236 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und  
Bahnsteighöhen  
237 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr  
Personen-  
238 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die  
Belastung  
239 durch Lärm und Schadstoffe. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen  
Güter- und  
240 Personenverkehr. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge  
zwischen allen  
241 Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

242 Weltmarktführer für saubere Autos

243 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel in der Autoindustrie  
244 anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus  
den USA  
245 und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten,  
bequemsten und  
246 intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben.  
247 Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und  
248 Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

249 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die  
CO<sub>2</sub>-  
250 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere  
Abgastests  
251 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen  
Bärenienst

252 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom  
fossilen  
253 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte  
europäische  
254 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur  
und eine  
255 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch  
abgasfreie Autos  
256 neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und  
das Ende  
257 der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die  
Batteriezellenproduktion  
258 sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim  
sauberen Auto  
259 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir  
die  
260 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie  
Busse  
261 produziert werden.

262 In einem neuen umfassenden Mobilitätssystem wird das Auto vernetzt mit Bus, Bahn,  
Fahrrad  
263 und Fußverkehr. Über Carsharing teilen sich Menschen Autos. Hinzu kommen neue  
Entwicklungen  
264 wie die intelligente Verkehrssteuerung und autonome Autos, die unter den richtigen  
265 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir  
wollen die  
266 digitale, emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen.  
Dazu  
267 wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte starten, die den  
268 Autoverkehr verringern und Carsharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gezielt ausbauen.

269 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt

270 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs  
bringen.

271 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die  
272 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen daher auf eine einheitliche  
europäische  
273 Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in  
der  
274 Schifffahrts- und Flugindustrie fördert. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrt-, Container-  
und  
275 Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden.

276 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als  
277 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell  
verboten werden.

278 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen,  
ähnlich  
279 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtreisen nahezu von  
allen  
280 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur

281 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

282 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, die unfairen Wettbewerbsvorteile abzuschaffen.

283 Internationale Flüge unterliegen weiter keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht  
284 besteuert. Das wollen wir ändern. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den

285 europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag zum Schutz der Atmosphäre

286 beizutragen.

287 Wer GRÜN wählt, stimmt für

288 • Vorfahrt für die Schiene,

289 • die Förderung sauberer Autos und zukunftsfester Arbeitsplätze,

290 • eine Schifffahrt ohne Schweröl,

291 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

### 292 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

293 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial  
294 umzugestalten. In Politik und Wirtschaft gibt es viele, die sich offenbar vor dieser Aufgabe

295 scheuen und sie weiter vor sich herschieben wollen. Damit werden die Probleme aber größer.

296 Wir Grünen bleiben dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen

297 und sozialen Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem

298 fairen Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen

299 Stärken unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

300 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO<sub>2</sub>-armer

301 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische

302 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen

303 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen

304 Lebensgrundlagen. Ermutigend für die Perspektive einer ökologischen Transformation unserer

305 Wirtschaft ist es, wenn sich die europäische Stahlindustrie dazu bekennt, in den nächsten

306 Jahren auf CO<sub>2</sub>-neutrale Stahlproduktion umzuschwenken.

307 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden

308 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle

309 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen  
Kreislaufwirtschaft  
310 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Digitalplattformen  
311 können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine wichtige Rolle  
312 spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht  
313 wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt exportiert  
werden,  
314 während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für  
Unternehmen  
315 und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die  
Recyclingwirtschaft  
316 hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung  
von  
317 Plastikmüll drastisch einzudämmen.

318 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

319 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind  
damit  
320 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem  
Planeten  
321 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz finanzieren. Das ist auch finanziell  
322 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in  
Kohle,  
323 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und  
Kommunen haben es  
324 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen  
nachhaltig  
325 ausgerichtet.

326 Der ökologische Umbau braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.  
Heute  
327 wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht nur  
ein  
328 ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die  
329 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,  
330 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein  
Wachstumsmarkt,  
331 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

332 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung  
schaffen.

333 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger  
334 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance  
335 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten  
Nachhaltigkeitskriterien  
336 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische und soziale Ziele in der  
337 Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel  
für  
338 nachhaltige Geldanlagen einführen.

339 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch  
das  
340 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-  
Kriterien  
341 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch  
und  
342 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen  
wir  
343 abschaffen.

344 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische  
345 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem  
kleinen  
346 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen  
Förderprogrammen für  
347 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

348 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Dabei  
werden  
349 Chancen vertan, die Genossenschaften und soziale Unternehmen bieten. Wir wollen  
eine  
350 Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die  
351 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden.  
Unternehmen mit  
352 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei  
353 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

354 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 355 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 356 • ein nachhaltiges Finanzsystem und ökologisch transparente Geldanlagen,
- 357 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie.

#### 358 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

359 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere  
360 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren,  
Pflanzen  
361 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben  
aus. Auf den  
362 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer  
weniger:  
363 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die  
Anzahl  
364 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei  
uns  
365 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Auch in anderen europäischen  
Ländern  
366 sieht die Situation nicht viel besser aus.

367 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu  
stoppen.  
368 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo  
sie  
369 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete  
verteidigen,  
370 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern.

371 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen  
372 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020  
373 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern  
daher,  
374 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen  
Vielfalt für  
375 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7.  
Umweltaktionsprogramm zu  
376 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue  
377 Leitprinzipien verankern.

378 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der  
Umwelt-  
379 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen  
Regierungen, die  
380 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten  
381 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische  
382 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des  
Białowieża-Waldes  
383 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in  
unserem  
384 Wasser verurteilt.

385 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss  
von der EU-  
386 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf  
allen Ebenen  
387 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-  
Kommission ihre  
388 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße  
gegen das  
389 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

390 Umweltschädliche Subventionen wollen wir abbauen und den Naturschutz besser  
finanzieren.  
391 Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotop vorantreiben. Um  
392 Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür fördern  
wir  
393 mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa  
verdoppeln.  
394 Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel  
von 2 %  
395 Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer

396 Agrarwende, weniger Pestiziden auf den Feldern und mehr ökologischem Landbau  
verbinden.  
397 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht  
schaffen, damit  
398 der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird. Wir  
wollen die  
399 Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und  
400 Lobbyismus regulieren.

401 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 402 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder in Europa,
- 403 • grenzüberschreitende Biotop,
- 404 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 405 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

### 406 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

407 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte,  
bäuerliche  
408 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt.  
Wir  
409 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und  
410 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-,  
Umwelt-,  
411 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen  
Kulturlandschaften  
412 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten.  
Deswegen  
413 streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen  
414 Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen  
Umwelt- und  
415 Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt\*innen erzielt.

416 Zusammen mit Landwirt\*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht:  
Immer mehr  
417 Verbraucher\*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte  
418 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen  
419 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit  
uns für  
420 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die  
421 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck  
bleibt  
422 groß.

423 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit  
fruchtbare Böden  
424 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist  
ungemindert hoch

425 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine  
426 der  
427 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des  
Ausstoßes  
428 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.  
429 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die  
europäische  
430 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser,  
Artenvielfalt und  
431 Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische  
Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in  
432 Europa  
nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in  
433 sich  
entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die  
434 Märkte  
Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass  
435 die  
bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten wird und die nachhaltigen  
436 Entwicklungsziele  
erreicht werden.

437 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

438 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen  
anzupassen,  
439 muss sich vor allem die EU-Agrarförderungspolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt  
der  
440 größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich  
441 subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und fördert so  
Umweltzerstörung,  
442 Industrialisierung und Exportorientierung. Die Mittel belohnen zudem pauschal  
Bodenbesitz.

443 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen muss Leistungen der  
Landwirtinnen und  
444 Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse  
oder  
445 weiche“ eröffnen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte und  
eine  
446 flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Betriebe, die weniger  
oder gar  
447 keine Pestizide einsetzen, unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr  
Förderung  
448 bekommen als industriell wirtschaftende Betriebe. Nur mit dem Prinzip „öffentliches  
Geld für  
449 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Zahlungen noch rechtfertigen.

450 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die  
451 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für  
jedwede  
452 Förderung ist das Einhalten von Umweltstandards, die ebenfalls für alle

Mitgliedstaaten auf  
453 EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15  
Milliarden Euro  
454 schweren Naturschutzfonds.

455 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen

456 Landgrabbing, das heißt das Aufkaufen von landwirtschaftlichen Flächen als  
457 Investitionsobjekten durch Kapitalanleger und Staaten, sowie eine verzerrende  
458 Strukturpolitik bedrohen die vielfältige, solide und nachhaltige bäuerliche  
459 Landwirtschaftsstruktur, auch in Europa.

460 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt  
werden, etwa  
461 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur  
pro  
462 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere  
Betriebe zu  
463 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der  
464 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine  
465 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden ist ein öffentliches Gut  
und muss  
466 vor Spekulationen geschützt werden.

467 Trinkwasser und Gewässer schützen

468 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem  
Wasser ist  
469 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen  
ordentlichen Zugang  
470 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese  
Situation. In  
471 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu  
einem immer  
472 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und  
verschmutzt  
473 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern,  
gründete  
474 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an  
unterstützt  
475 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten  
trugen diese  
476 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem  
Versuch  
477 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für  
internationale  
478 Unternehmen zu machen.

479 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten  
ökologischen  
480 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie  
garantieren  
481 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.

482 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der  
Wasserrahmenrichtlinie  
483 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen  
wir den  
484 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in  
der  
485 Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

486 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

487 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige  
488 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung,  
Monokulturen,  
489 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

490 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir  
die  
491 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie  
schaden  
492 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen  
wir uns  
493 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon  
einmal  
494 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat.  
Die  
495 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten  
Vorsorgeprinzips  
496 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen.  
Es braucht  
497 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

498 Fischbestände schützen

499 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass  
unsere  
500 Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige  
Bewirtschaftung  
501 von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung  
der  
502 Meere und der Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen  
der EU-  
503 Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen  
Kriterien  
504 ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Die Tiefseefischerei und

505 besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll  
506 bestehende Meeresschutzgebiete ausweiten, neue schaffen und die Gebiete effektiv  
sichern.

507 Tierwohl stärken

508 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen  
Tierbeständen.

509 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp.

Deshalb sollten

510 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.

511 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen  
512 grundsätzlich ernähren kann.

513 Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die

514 Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und

515 ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt.

516 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden  
517 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere

518 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der

519 am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden

520 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern

521 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur

522 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen.

523 Exporte lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU sowie jede Form von Klonen und

524 Qualzucht wollen wir verbieten. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent

525 umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Zusätzlich benötigen wir eine

526 Förderung für die Erforschung von Alternativen. Auch Straßentiere müssen in Europa ein

527 würdiges Leben haben. Wir fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden.

528 Stattdessen müssen öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die

529 Kastration, gestärkt werden.

530 Wildtiere wollen wir besonders schützen. Hierfür sind internationale Arten- und

531 Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen Wildtierhandel in Europa

532 bekämpfen und den Import von Wildfängen in die EU verbieten.

533 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – Gentechnik konsequent regulieren

534 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der  
535 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche

536 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu

537 Agroforstsystemen –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken,

538 widerstandsfähig gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses

539 Potenzial ist aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich  
540 stärkere Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden  
541 agrarökologische  
542 Methoden – zu denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und  
543 weltweit nur  
544 mit einem Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die  
545 konventionelle und gentechnische Ansätze erhalten.

544 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab, anders als Gentechnik im  
545 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion. Die großen Probleme, die  
546 Länder  
547 wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein  
548 massiver  
549 Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung  
550 landwirtschaftlicher  
551 Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte  
552 Verbraucherefreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist.

550 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des  
551 EUGH  
552 auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Weil  
553 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass  
554 keine  
555 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten. Ob die Probleme, die es bei  
556 der  
557 herkömmlichen Gentechnik gibt, bei neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas  
558 zum Tragen  
559 kommen, muss in jedem einzelnen Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen  
560 Vorsorgeprinzips geklärt werden.

557 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung,  
558 sondern  
559 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der  
560 weitere  
561 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.

560 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch,  
561 dass bei  
562 der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Ständige Ausschuss und die  
563 Mitgliedstaaten  
564 ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren.  
565 Wir Grünen  
566 werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen  
567 beteiligt  
568 und gehört wird.

565 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die  
566 mit  
567 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche  
568 gekennzeichnet  
569 werden.

568 Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist  
569 ein

569 Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur  
gesamtschuldnerischen  
570 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den  
571 konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau entsteht, den Nutzern  
von Sorten,  
572 die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.  
573 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!  
574 Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen  
Patentierbarkeit. Sie  
575 führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit  
abhängig  
576 gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist  
zudem, dass  
577 Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die  
578 Wahlfreiheit der Verbraucher\*innen unterlaufen wird.  
579 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und  
Leben  
580 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben.  
Das Recht  
581 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und  
auf Tiere  
582 geben.  
583 Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von  
Klonen  
584 sowie von Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass  
Milch und  
585 Fleisch von Nachkommen von Klontieren ungekennzeichnet auf den europäischen  
Markt kommen.  
586 Wer GRÜN wählt, stimmt für  
587 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,  
588 • sauberes Wasser in ganz Europa,  
589 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,  
590 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält,  
591 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik ein Verbot von  
Patenten auf  
592 Saatgut, Pflanzen und Tiere.

### 593 **1.6 Europa vom Plastikmüll befreien**

594 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen  
595 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In  
den  
596 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere  
Flüsse und

597 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal  
umsteuern, wird  
598 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik  
sogar in  
599 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

600 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und  
601 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann  
602 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon  
in Salz,  
603 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu  
uns  
604 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht.  
Denn durch  
605 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur  
Erhitzung  
606 unserer Erde beiträgt.

607 Plastikflut eindämmen

608 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch  
609 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen  
Tonnen  
610 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die  
Hand  
611 nehmen.

612 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle  
Minderungsziele für  
613 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren  
Verpackungsabfall in  
614 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin  
deponiert  
615 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten

616 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder  
kosteneffizient  
617 recycelt werden können.

618 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist  
619 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende  
Verwendung  
620 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf  
Plastik nicht  
621 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei  
Trinkhalmen  
622 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden. Die  
Europäische  
623 Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und unter  
anderem ein  
624 Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und auch  
625 Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter erster Ansatz, reicht jedoch noch nicht, um

den  
626 Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu gebieten.  
627 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche  
Abgabe bietet  
628 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden.  
Zugleich  
629 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas  
zur  
630 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von  
Plastik  
631 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung  
von  
632 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign  
eingebettet  
633 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen  
Materialien  
634 auszubauen.

635 Recycling stärken

636 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der  
EU-  
637 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die  
Recyclingkapazitäten  
638 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und  
639 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren  
Beitrag  
640 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen  
Materialien  
641 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

642 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in  
Deutschland ein  
643 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch  
Handlungsbedarf.  
644 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das  
ist  
645 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel  
ist  
646 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon  
sehr viel  
647 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt  
648 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für  
Einweggetränkeflaschen  
649 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese  
Wegwerfprodukte  
650 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

651 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild  
sein.  
652 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention  
unter

653 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine  
Grenzen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 656 • eine europäische Plastiksteuer,
- 657 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 658 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.